

Alexander Ulrich, MdB
Katrin Werner, MdB
Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE. Rheinland-Pfalz
Rochusstraße 10 – 12
55116 Mainz

Mainz, 27. August 2015

An die
HerausgeberInnen der Erklärung „Flucht und Migration nicht instrumentalisieren!“
z. Hd. Herrn Roland Graßhoff, Dr. Thomas Posern
c/o Initiativausschuss für Migration in RLP
Albert-Schweitzer-Str. 113 – 115
55128 Mainz
info@zgv.info

Sehr geehrter Herr Graßhoff, sehr geehrter Herr Dr. Posern,

auf Ihr Schreiben vom 14. Juli 2015 möchten wir – urlaubsbedingt etwas verzögert – als Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE. Rheinland-Pfalz wie folgt antworten:

„Menschen, die vor Menschenrechtsverletzungen, Kriegen und politischer Verfolgung geflohen sind, dürfen nicht abgewiesen oder abgeschoben werden. Wir fordern die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl und kämpfen gegen die Illegalisierung von Flüchtlingen, gegen Abschiebungen, gegen jede Form von Sondergesetzen wie die Residenzpflicht sowie gegen Sammellager. DIE LINKE richtet ihre Flüchtlingspolitik an Humanität und Menschenrechten aus, so dass der Schutz von Menschen in Not im Vordergrund steht und nicht ordnungspolitische oder ökonomische Überlegungen.

Wir brauchen ein Umdenken in den Köpfen der Menschen einerseits, aber auch einen neuen Willen der Politik strukturellen Rassismus zu bekämpfen. Wir als Politikerinnen und Politiker haben die moralische Verantwortung, uns nicht dem Populismus hinzugeben, sondern als Vorbild zu taugen.

Wir müssen Gesetze ändern, die Migrantinnen und Migranten, Ausländerinnen und Ausländer, Asylbewerberinnen und Asylbewerber diskriminieren. Es bedarf deutlich größerer finanzieller Ausstattung für Projekte gegen Rassismus, für die Unterbringung von Flüchtlingen, für Bildungsangebote für Nicht-Deutsche. Es gibt an vielen Baustellen dringenden Handlungsbedarf!

Die schnellstmögliche Verteilung von Flüchtlingen und Asylbewerberinnen und -bewerbern von den Erstaufnahmestellen auf die Kommunen und dezentrale, menschenwürdige Unterbringung sind für uns selbstverständlich. Zwangsverteilungssysteme von Menschen müssen ein Ende haben. Erst dann wird es Flüchtlingen möglich sein, bei Bekannten und Verwandten unterzukommen und eine schnelle Aufnahme in der Gesellschaft zu finden.

Um die notwendige Mobilität sicherzustellen, muss ein landesweit gültiges Sozialticket auch für Asylbewerber/innen eingeführt werden. Ebenso unerlässlich sind die Einführung einer Gesundheitskarte für eine medizinische Vollversorgung nach den Bestimmungen des Sozialgesetzbuches und die Abschaffung der Zuständigkeit von kommunalen Sozialbehörden für die Ausstellung von Behandlungsscheinen für Asylsuchende. Für die Einführung eines entsprechenden Landesgesetzes wird sich DIE LINKE im rheinland-pfälzischen Landtag stark machen.

Zudem muss eine Anpassung des Asylbewerberleistungsgesetzes an die Sozialleistungen des SGB II und SGB XII erfolgen. Dies betrifft insbesondere die Höhe der Regelsätze für den Lebensunterhalt. Dazu ist eine Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz notwendig. DIE LINKE in Rheinland-Pfalz wird sich im Landtag für eine entsprechende Initiative einsetzen.

Asylbewerberinnen und -bewerber aus Kriegsgebieten, deren Anerkennung als Flüchtling absehbar ist, sollen unmittelbar in den Arbeitsmarkt integriert werden und dazu entsprechende Beratungsleistungen erhalten.

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz wird, wie schon in der Vergangenheit, jedem Versuch der Polarisierung, des Schürens von Ängsten, der Reduzierung auf den ökonomischen Nutzen und der Einteilung in „gute“ und „schlechte“ Asylsuchende entschieden und wirksam entgegenzutreten. Dass DIE LINKE. Rheinland-Pfalz sich im auch Wahlkampf klar gegen Rassismus und Gewalt ausspricht, bedarf keiner weiteren Erläuterung.“

Mit freundlichen und solidarischen Grüßen

Alexander Ulrich, Katrin Werner